

11. VIII. 1919.

204

Terror gegen die Pressefreiheit in Wien.

Ein Kommunistenbesuch bei der „Reichspost“.

Am gestrigen Sonntag fand vormittags, 11 Uhr, vor dem Wiener Rathaus eine Kommunistenversammlung statt, in der Frau Friedländer, Tomann und Maschl sprachen. Die Versammlung war trotz der vorausgegangenen heftigen Werbetätigkeit schlecht besucht. Kaum anderthalbtausend Personen waren erschienen. Schon vor der Versammlung verlautete: „heute müsse etwas geschehen“ . . . man werde zur Redaktion der „Reichspost“ ziehen. In der Versammlung suchte der Redner Maschl für dies Unternehmen die nötige Stimmung zu machen, daß er behauptete, in der Druckerei der „Reichspost“ würden monarchistische Flugchriften zur Aufreizung der Bauernbevölkerung gegen die Republik und zur Vorbereitung eines Umsturzes in Deutschösterreich hergestellt. Es ist kaum nötig zu sagen, daß die Behauptung aus der Luft gegriffen ist; man braucht sie aber, um die Menge aufzupeitschen. Um 1/2 12 Uhr formierte sich ein Zug von 300 bis 400 Leuten, die alsbald durch die Josefstädterstraße vor das Gebäude der „Reichspost“-Druckerei marschierten. Vor diesem hatten einige Polizeileute Posten bezogen, die mit stürmischen Pfuirufen begrüßt wurden. Vor dem Gebäude hielt der Zug und begehrte Einlaß für die Menge. Als dies ein Organ der Sicherheitswache als unmöglich abwies, ergriff der Führer des Zuges, nach seiner Ansprache ein Reichsdeutscher, das Wort zu einer Anrede an die Menge, in der er erklärte, die Redaktion der „Reichspost“ müsse zur Verantwortung gezogen werden dafür, daß sie für den Umsturz in Ungarn gearbeitet habe und jetzt die Auslieferung Bela Kuns verlange. Er erkläre hier im Namen der Freunde Bela Kuns, wenn die Ziele der „Reichspost“ erreicht werden sollen, auch niemand die Redakteure der „Reichspost“ vor den Laternenpfählen reiten könne.

Nachdem noch ein Redner gesprochen hatte, verlangten die Demonstranten den Einlaß einer Abordnung in das Haus, da man der Redaktion die „letzte Warnung“ übermitteln müsse.

Es wurden nun acht Mann ins Haus gelassen, die in Begleitung eines Wachinspektors sich in die Redaktion begaben. Dort war nur der Chefredakteur Dr. Funder anwesend, der den Kommunisten, die sich sehr aufgeregzt gebärdeten, entgegentrat. Ihr Sprecher, der reichsdeutsche Spartakist, erklärte in schreiender Rede, es sei die letzte Androhung, die man der Redaktion zukommen lasse. Man sei entschlossen, diese Drohung wahrzumachen. Dr. Funder werde den nächsten Tag nicht überleben, wenn Bela Kun etwas geschehe. Dann werde aber auch die „Reichspost“ vernichtet werden. Ebenso wie in Deutschland die kommunistischen Genossen gezwungen würden vor den weißen Gardes Abbitte zu leisten, ebenso verlange die Revolution, in deren Namen er spreche, von dem Chefredakteur der „Reichspost“ Abbitte und Widerruf, und zwar müsse er sich jetzt auf die Straße unter die Versammelten begeben. Die Leute Samuelhs stünden vor dem Tore. Wenn Dr. Funder sich weigere, könne ihm das Schicksal des sächsischen Kriegsministers Neurung blühen (der bekanntlich ermordet wurde). Die Minderheit der Abordnung erklärte, es genüge ihr, wenn Dr. Funder vom Fenster aus spreche. Die Mehrheit war damit nicht einverstanden und bestand darauf, daß Dr. Funder auf der Straße Abbitte leiste.

Der Chefredakteur erwiderte, er fürchte sich nicht, zu den Versammelten zu sprechen, aber die verlangte Erklärung könne und werde er nicht geben.

Unter dem Rufe: „Da werden wir Sie zwingen“, versuchten nun zwei der erschienenen Kommunisten an Dr. Funder Hand anzulegen und ihn gewaltfam auf die Straße zu führen. Es gelang Dr. Funder, sich freizumachen und den Redaktionsgang zu gewinnen. Das Dazwischentreten mehrerer Wachorgane setzte der Verfolgung ein Ende.

Auf der Straße wurden von den Führern der Demonstranten noch einige Reden gehalten, in denen die Drohungen gegen die Redaktion der „Reichspost“ wiederholt wurden. Nach einigen stürmischen Szenen zog dann die Menge ab.

Da es sich im äußeren Anlaß zunächst um unsere eigene Sache handelt, enthalten wir uns eines weiteren Kommentars. Wir begehren nicht mehr Schutz und Recht für uns, als die öffentlichen Interessen verdienen, die mit der Wahrung der Pressefreiheit und der allgemeinen politischen Freiheit zusammenhängen. Die Haltung der „Reichspost“ in der Angelegenheit Bela Kun und der Asylgewährung an die Mitglieder der abgesetzten Budapester Diktatoren stimmt völlig mit der Haltung der christlichsozialen Partei überein, deren parlamentarische Vertretung und Wiener Parteileitung sich energisch gegen die Asylgewährung für die Mitglieder der Budapester Terroristenregierung ausgesprochen haben. — Die Rundgebung

des Klubs erklärte, daß sich „das allgemeine Volksempfinden Deutschösterreichs gegen den Mißbrauch des Asylrechtes durch seine Ausdehnung auf gemeine Verbrecher mit aller Schärfe aufbäume“ und verlangte von der Regierung Aufklärung und Rechenschaft. Der Terror, der sich gegen die „Reichspost“ richtet, trifft also die politische Haltung und Freiheit der christlichsozialen Partei.

Wir werden abwarten, was die zuständigen Faktoren zum Schutze der primitiven staatlichen Grundrechte zu tun gedenken.